

Liebe Verhandler, wir zahlen weniger, kriegen aber mehr:

## Befehlsausgabe nach der Wahl

In den Wahlkampf hat sich die Handelskammer ganz vornehm nicht eingemischt, dafür mischt sie sich jetzt umso mehr in die Regierungsbildung ein. Das hat was für sich, ist es doch im real existierenden Kapitalismus die höchste Aufgabe einer bürgerlichen Regierung, dem Kapital dienstbar zu sein und für optimale Verwertungsbedingungen zu sorgen.

Die Handelskammer hat dabei alle ihre längst bekannten Forderungen gegen eine Erhöhung des Mindestlohnes, gegen eine Arbeitszeitverkürzung und für eine Beseitigung des verhaßten Index-Systems bei gleichzeitiger Vereinfachung der Prozeduren, mehr Subventionen und weniger Steuern zusammengepackt.

Bei den Prozeduren soll es nicht nur generell eine Anlaufstelle geben, wo ein ganzes Projekt eingereicht wird und die Ansprechperson dann im Hintergrund das Dossier an alle Stellen weiterleitet, die etwas daran zu genehmigen haben. Das ist ja keine blöde Idee, und die macht schließlich auch Sinn für Haushalte. Die Handelskammer geht für Betriebe aber deutlich darüber hinaus und fordert, es solle vom Genehmigen weggegangen werden. Die einfache Mitteilung sollte reichen. Motto: unser Wille gilt. So frech war schon lange keine Gewerkschaft mehr!

Dabei kommt es auch mal zu unfreiwilliger Komik. Das etwa, wenn Estland als leuchtendes Beispiel präsentiert wird, also ein Land, das seit 1990 ein Drittel seiner Bevölkerung in die Auswanderung geschickt hat, weil es für sie keine Arbeitsplätze mehr hat. Aber dort ist es möglich, in zwei Stunden einen Betrieb zu gründen, während das in Luxemburg noch einige Wochen dauert. Mit dem kleinen Unterschied, daß hier sehr viele Betriebe gegründet werden, in Estland aber sehr wenige.

Frech ist es auch zu sagen, man wolle ja nicht die Körperschaftsteuer auf das Niveau von Irland herunterkriegen, mit dem angeblich Luxemburg in starker Konkurrenz steht. Ja bitte, welche Firmen wollen denn dringend dorthin flüchten, weil die Körperschaftsteuer auf der grünen Insel nur 12% tief ist? Die Handelskammer ist auch so gnädig, nicht die bulgarischen 10% zu fordern! Wie nett! Sie will sich mit dem EU-Durchschnitt von 21% zufrieden geben, fordert also »nur« eine Absenkung von 5%. Komischerweise nennt sie nicht die deutlich höheren Werte in den Nachbarländern. Die werden nur herangezogen, wenn es gilt Inflationsraten zu vergleichen und die berühmten durchschnittlichen Lohnstückkosten.

Wobei wir da auch wieder das Phänomen vorfinden, daß die Handelskammer gebetsmühlenartig immer dasselbe wiederholt, auch wenn die Saliariatskammer längst mit umfangreichen Studien nachgewiesen hat, daß das nicht so ist, wie es beim ersten Blick den Anschein hat. So hat Luxemburg kein durchschnittliches Salarium und folglich auch keine durchschnittlichen Lohnstückkosten!

Es bleibt so weiterhin eine Tatsache, daß in den drei

trieben höhere Steuern, höhere Taxen und höhere Sozialbeiträge gefordert werden, als das in Luxemburg der Fall ist und sogar als das der Fall ist ohne die Absenkung der Körperschaftsteuer von 3% in der abgelaufenen Legislaturperiode. Da das der wesentliche Vergleich für die Konkurrenzfähigkeit bzw. die (viel zu hohe) Anziehungskraft Luxemburgs für Betriebe ist, und das zu einer Austrocknung der Großregion in Sachen Arbeitsplätze führt, ist allein aus Gründen der großregionalen Solidarität eine Erhöhung der Betriebssteuern geboten.

Aber so argumentiert kein Kapitalist, denn der ist nur solidarisch mit sich selbst! Daher ist auch die Forderung zu erklären, die automatische Anpassung der Löhne an die Teuerung dürfe nicht mehr stattfinden. Eine Indextranche von +2,5% dürfe es also nicht mehr geben, wenn der Warenkorb um 2,5% teurer geworden ist, sondern höchstens alle 18 Monate. Dauert es länger, bis die +2,5% erreicht sind im Warenkorb, soll die Indextranche natürlich warten, sind die 2,5% früher überschritten, ist eben das an Kaufkraft verloren, was die Steigerung der Preise in 18 Monaten höher ausfällt. Und aus dem Warenkorb sollen Erdöl, Alkohol und Tabak raus, weil das »nicht Rifkin-konform« sei. Komisch, bislang ist alles im Warenkorb, was konsumiert wird. Klar, ein Kapitalist zahlt lieber weniger Lohn als mehr.

Und so fordert er dann auch statt der nicht zu haltenden »Stock Options« jetzt die Möglichkeit eines steuerfreien Bonus, um Spezialisten nach Luxemburg zu ziehen. Hauptsache, das Personal, das vom Kapital gebraucht wird, ist billiger!

### Organisatorisches

In Erziehungsdingen soll der Staat natürlich fixfertig ausgebildetes Personal liefern. Damit das fixer geht, soll es zwei Züge in den Sekundarschulen geben. Nämlich einen mit Unterrichtssprache Deutsch und einen mit Unterrichtssprache Französisch. Die jeweils andere Sprache und Englisch sollen dann als Fremdsprache unterrichtet werden. Das mag weniger anstrengend sein (genannt wurde die komplizierte französische Grammatik), ist aber das endgültige Begräbnis der bereits angeknabberten Mehrsprachigkeit mit all den internationalen privaten und öffentlichen Schulen.

In der Regierung ist der Premier traditionsgemäß der Erste unter Gleichen. Das fordert die Handelskammer zu ändern und ihm ein Weisungsrecht zu geben. Gleichzeitig fordert sie sechs zentralisierende und koordinierende Superminister, wobei fürs Kapital relativ wertlose Sachen wie Kultur und Denkmalschutz zum zweitrangigen Ministerium werden. Wenn schon Superministerien, warum soll das nicht zur Erziehung hinzukommen? Und welchen Sinn soll das machen, wenn die aus negativen Erfahrungen herrührende Zusammenlegung von Transport und Infrastrukturen jetzt wieder getrennt werden soll? Ach, das sind Details, die man noch diskutieren kann, gab man uns da